

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Bei der Post und dem Agenten bezogen vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. Einzelverkaufpreis: Die heutige Seite über deren Raum 2,50 Mk., die Restzeitung 7 Mk. Rückzahlung bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die heutige Seite über deren Raum 2,50 Mk., die Restzeitung 7 Mk. Rückzahlung bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Bei Beilagsverzug ist der Rabatt Null.

Nr. 164

Ultensteig, Montag den 17. Juli.

Jahrgang 1922.

Umgründungen in Aktiengesellschaften.

Noch nie sind so viele Aktiengesellschaften entstanden wie in der Zeit nach dem Kriege. Nur die wenigsten aber sind Umgründungen; in der Hauptsache handelt es sich um Umwandlungen bestehender Firmen in Aktiengesellschaften.

In der Zeit der Selbstwertung sind für den Betrieb eines Unternehmens so gewaltige Summen nötig, daß sie häufig für den Inhaber unerträglich sind. Einen Kompanien zu nehmen, macht Schwierigkeiten; neben persönlichen Bedenken kommt vor allem in Betracht, daß auch die Mittel des Teilhabers bei fortschreitender Selbstwertung bald nicht mehr ausreichen werden. Für Unternehmen, die gut fundiert sind und einen guten Namen haben, kommt die Umgründung deswegen in erster Linie in Betracht, weil es auf diese Weise möglich wird, laufend das erforderliche Kapital und den erforderlichen Kredit zu erhalten. Banken, die in erster Linie sich der Durchführung solcher Umwandlungsoperationen annehmen, haben die Möglichkeit an den Kapitalmarkt heranzutreten und dadurch den neu entstandenen Aktien einen Markt zu verschaffen. Sie bekommen Einsicht in die geschäftlichen Grundlagen der Unternehmungen und werden infolgedessen auch in der Lage sein, für den notwendigen Kredit zu sorgen und auch das Maximum dieses Kredites zu bestimmen. Finanzieller Sorgen sind die Aktiengesellschaften meistens enthoben, da durch immer neue Aktienemissionen für die nötigen Mittel gesorgt wird.

Ein weiterer Grund für die Zunahme der Umgründungen ist die Verteilung des Risikos. Selbst der Unternehmer, der über die nötigen Mittel und über den nötigen Kredit verfügt, um ein Unternehmen ohne finanzielle Störungen betreiben zu können, will nicht sein ganzes Kapital in ein Unternehmen hineinstecken, besonders heute nicht, wo zwar augenblicklich große Gewinne erzielt werden, aber wo man nie weiß, wann der Rückschlag eintritt. Dann kann es sehr leicht vorkommen, daß nicht bloß die Gewinne, die in besseren Zeiten erzielt wurden, ausbleiben, sondern daß auch darüber hinaus Verluste entstehen. Der Einzelunternehmer, der sein Geld in einem Unternehmen festgelegt hat, läuft Gefahr, dieses völlig zu verlieren. Beteiligt sich aber jemand durch Aktienübernahme an einer Aktiengesellschaft, so ist sein Risiko begrenzt durch die Höhe der Summe, die er für die Aktien hergegeben hat. Das Risiko wird also verteilt.

Wenn auch das Erscheinen der Aktiengesellschaften in diesen Mengen als durch unsere Wirtschaftslage bedingt, mithin als unabänderlich mit in den Kauf genommen werden muß, so begrüßen ist die Entwicklung nicht. Das Verschwinden der vielen kleinen und mittleren Unternehmen, das Verschwinden des selbständigen Mittelstandes aus Handel und Gewerbe entpersönlicht die Wirtschaft in schädlicher Weise. Der Privatunternehmer steht seinem Unternehmen mit anderem Interesse gegenüber, als als einer aus seinem Unternehmen hervorgegangenen Aktiengesellschaft, in der er als angestellter Direktor lange nicht die bisherige Machtbefugnis haben kann. Im Interesse unseres Wirtschaftslebens wäre es notwendig, daß das Privatunternehmen und damit auch die Privatinitiative mehr in den Vordergrund treten; diese Notwendigkeit steigert sich in dem Maße, wie die Schwierigkeiten in der Wirtschaftsführung wachsen.

Deutschösterreichische Finanzkrise.

Der Notenumlauf Deutschösterreichs beträgt nunmehr rund 550 Milliarden Kronen. Allein in der vergangenen Woche ist er um 80 Milliarden Kronen gestiegen, während Deutschland sich in der gleichen Woche noch mit 12 Milliarden Mark begnügen konnte. Dabei ist zu beachten, daß Deutschland rund 62 Millionen Einwohner zählt, Deutschösterreich aber nur 8 Millionen. Der Währungsverfall Deutschösterreichs hat sich in diesem Jahr mit großer Beschleunigung fortgesetzt. Nicht weniger als 376 Milliarden Kronen seit dem 1. Januar 1922 in den Verkehr gebracht. Alle Versuche dem Uebel zu steuern, waren bisher vergeblich. Die neue Notenbank ist schon wieder überdeckt. Der Plan, eine innere Anleihe von 400 Milliarden Kronen aufzunehmen, ist undurchführbar. Tatsächlich hat die Krone als Währungsgeld in Deutschösterreich fast jede Bedeutung verloren. Das ist die Folge der Selbstwertung, die die

Wirtschaft zwingt, sich nach einem Preismesser umzusetzen, der nicht so wilden Schwankungen unterliegt wie die Krone. Ursprünglich war es die Tschekenkrone, dann die Reichsmark, später der Schweizer Franken. Heute ist es der Dollar, der wieder Ordnung in das Durcheinander bringen soll. Die Anregung eine Währungs-gemeinschaft mit dem deutschen Reich herzustellen, ist nur eine Anregung geblieben. Die Hilfe, die der Verband in Aussicht gestellt hat, hat sich in jedem Fall als unzulänglich gezeigt. Wie in Deutschland, ist auch in Deutschösterreich die Währungs Erneuerung eng verknüpft mit dem Staatsschuldenproblem. Ohne daß dies geordnet wird, läßt sich eine zerrüttete Währung nicht wiederherstellen. Diese Ordnung hat die Nachprüfung und Änderung der Verträge von Versailles und St. Germain zur Voraussetzung. Auch Deutschland wird sich durch die Zwangsanleihe nicht befreien können, sondern nur seinen Währungsverfall beschleunigen. Von dieser Erkenntnis ist leider das Ausland noch immer sehr weit entfernt. Jede Verzögerung der internationalen Kredithilfe macht die Lösung des Problems nur schwieriger und lospietlicher.

Ein Anschlag auf Millerand.

Paris, 16. Juli. Nach einer Kavassierung wurde heute vormittag 11¼ Uhr an der Ecke der Champs Elysees und der Avenue Marigny auf den Präsidenten Millerand, als dieser von der Parade zurückkehrte, ein Anschlag verübt. Der Angreifer feuerte drei Revolver-schüsse auf einen Wagen ab, in dem er Millerand vermutete, in dem sich jedoch der Polizeipräsident befand, während Millerand im nächsten Wagen folgte. Die Kugel stürzte sich auf den Angreifer, der arg zugerichtet wurde, wandte sich dann dem Wagen des Präsidenten Millerand zu und rief: „Fahren Sie weiter, man hat soeben geschossen.“ Millerand, der das Attentat nicht bemerkt hatte, gab Anweisung, den Weg fortzusetzen. Der Angreifer ist ein gewisser Gustave Bouvet. Er ist 20 Jahre alt, Zeichner in einer Automobilfabrik und gehört der kommunistischen Partei an. Er erklärt bei seiner Vernehmung, er habe geschossen, um die Aufmerksamkeit auf die Lage des Proletariats zu lenken.

Das Attentat gegen Millerand bzw. den Polizeipräsidenten hat in Paris eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Es verbreitete sich die Nachricht bereits am Vormittag wie ein Lauffeuer durch die Stadt, obwohl infolge des Nationalfestes keinerlei Zeitungen erschienen. In politischer Beziehung glaubt man, daß es sich um die unüberlegte Heze eines Einzelnen handelt. Man glaubt weiter, daß sie die ernstesten Maßnahmen gegen die anarchistischen und bolschewistischen Umtriebe, wie sie auch in der Kammer bei der Diskussion des Amnestie-Gesetzes befristet wurden, zur Folge haben wird. Man wird sich also darauf gefaßt machen müssen, daß die Regierung angezweifelt der Erregung der Öffentlichkeit zu energischem Vorgehen gegen die Partei der äußeren Linken und deren Führer gezwungen sein wird. Das Attentat wird weiter zur Folge haben, daß die gerichtliche Untersuchung, die zur Zeit gegen zwei kommunistische Abgeordnete wegen Aufreizung zum Ungehorsam in den Kellern eingeleitet ist, einen entsprechend unangenehmen Verlauf nehmen wird. Jedenfalls wird die Regierung Poincaré, von der man gestern früh noch in den Zeitungen der Rechten voller Entrüstung lesen konnte, daß sie beabsichtige, in kürzester Zeit die bolschewistischen Reuter der Schwarzen Meeresflotte, Marty und Badina, zu begnadigen, durch den Attentatsversuch in eine schwierige Lage versetzt. Ein Glück, daß die Kammer in den Ferien ist, sonst dürfte sich Poincaré auf lebhafteste Interpellationen gefaßt machen. Die Aufregung ist noch umso größer, als politische Attentate hier zu den Seltenheiten gehören und man bis zum misglückten Attentat auf Clemenceau, d. h. auf Jahre zurückverweisen muß, um auf ein solches zu stoßen. Was das Attentat selbst betrifft, so ist zu bemerken, daß der Attentäter nicht in Verbindung mit den Russen steht, bei denen man übrigens in der letzten Zeit ergebnislose Hausdurchsuchungen wegen angeblich bolschewistischer und anarchistischer Umtriebe vornahm. Es steht noch nicht fest, ob der Attentäter das Attentat auf Millerand oder den Polizeipräsidenten beabsichtigt. Man neigt zu der ersten Annahme, da man nicht glaubt, daß der Attentäter den Polizeipräsidenten im Auge hatte, da eine völlig bedeutungslose Per-

sonalität ist und erst vom kurzem sein Amt angetreten hat. In Anbetracht dessen, daß niemand getroffen worden ist, trotzdem sich der Wagen des Präsidenten der Republik durch eine ungeheure Menschenmenge bewegte, läßt die Annahme glaubhaft erscheinen, daß der Attentäter die Wahrheit sagt, wenn er behauptete, er hätte in die Luft geschossen, und eine einfache Demonstration gegen die kapitalistische Regierung beabsichtigt.

Neues vom Tage.

Zur innerpolitischen Lage.

Berlin, 16. Juli. Die Verhandlungen über die Regierungserweiterung sind im Laufe des gestrigen Tages nicht vorwärts gekommen. Sie werden erst dann in ein aktuelles Stadium eintreten, wenn der Reichspräsident in Berlin eingetroffen ist. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Präsident nach dem Vortrag des Reichskanzlers auch noch die Parteiführer hören wird, ehe Beschlüsse gefaßt werden. Noch immer besteht der Plan der Berufung eines den Unabhängigen und einer der Volkspartei nahestehenden Ministers, wenn auch der Plan von Seiten der Volkspartei keine Förderung, sondern im Gegenteil eine einseitige Ablehnung gefunden hat. Die genaue Fassung eines Arbeitsplanes für den Reichstag, in der heutigen Sitzung des Ältesten-Ausschusses, wobei der Tagungsschluß für Dienstag vorgesehen wurde, läßt darauf schließen, daß die Parteiführer mit einer ungehemmten Verabschiedung der in Beratung befindlichen Gesetze rechnen. Hieraus jedoch Schlüsse auf eine etwaige rasche und glatte Erledigung der schwebenden Regierungsumbildung zu ziehen, wäre falsch.

Die Mörderhand.

Berlin, 15. Juli. Die Verfolgung der Rathenau-Mörder Fischer und Kern ist bisher erfolglos geblieben. Eine neue greifbare Spur wurde vorläufig nicht gefunden und es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß es ihnen gelungen ist, aus der „Einkreisung“ herauszukommen und einen bedeutenden Vorsprung zu gewinnen.

Aus der Nähe von Peine in Hannover wird von einer Schießerei mit verdächtigen Radfahrern berichtet, die aber entliefen. Im Braunschweigischen wurden zwei Reisende verhaftet, die man für die Mörder hält, und endlich will auch die Wormser Polizei die Spur der angeblich nach der Pfalz flüchtenden Mörder gefunden haben.

Staatspräsident Dr. Hummel über die politische Lage Deutschlands.

Karlsruhe, 16. Juli. In einer Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei hielt Staatspräsident Dr. Hummel eine Rede, in der u. a. sagte: Wir dürfen nicht vergessen, daß wir uns noch in der revolutionären Entwicklung befinden. Ruhe und Ordnung waren zwar eingekehrt; damit hatte aber auch ein spießbürgerlicher Größenwahn Platz gegriffen. Daraus erklären sich die Ueberraschungen weiter Kreise unseres Volkes bei Putsch und Attentaten, daraus erklärt sich die heftigste Erregung, die es schwer macht, die richtige Linie zu ziehen. Mit dem Rathenau-Mord ist der Schleier gefallen. Es gilt den Kampf um die Demokratie gegen rechts und gegen die extreme Linke. Schuld an unserer Lage sei das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1920 und die ungeheure Reichfertigkeit und Oberflächlichkeit, mit der weite Schichten des Volkes die derzeitigen Verhältnisse betrachten. Weder die Reichsregierung noch die Regierung eines Landes hätten eine Presse, auf die sich verlassen könnte. Es finde sich kein führendes Organ in Deutschland, das für die Regierung und ihre Tätigkeit eintritt. Daraus ergebe sich, wie ungemehr schwierig es für die breite Öffentlichkeit sei, sich über die Leistungen der Regierung ein objektives Bild zu machen. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Staatspräsident gegen die Demonstrationsspektakel und die Ausschreitungen und warnte vor einer Reichstagsauflösung; denn ein Wahlkampf würde uns der Gefahr des Bürgerkriegs näherbringen. Große Gefahren drohen aus der zunehmenden Zersplitterung und die Wirtschaftskreise sollten sich mit der Breitbildung zurückhalten. Mit der Aufhebung zur gemeinsamen Arbeit für das deutsche Vaterland schloß Dr. Hummel seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede.

Wiener Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland.

Wien, 16. Juli. Gestern abend fanden in Wien 22 von der sozialdemokratischen Fraktion einberufene Massenversammlungen statt, in denen jede Verantwortung für die Ananablände und eider Verzicht der Dürk-

ordnung des Achtundtags in scharfer Weise abgelehnt wurde. In den Versammlungen erklärten die Redner, daß nur der Anschluß an Deutschland Oesterreich Rettung bringen könnte. Der sozialdemokratische Führer Dr. Otto Bauer sagte u. a.: Wir werden in wenigen Monaten vor einer Situation stehen, die uns klar besetzen wird, daß der jetzige Bundeskanzler nicht imstande ist, uns Rettung zu bringen. In dem fortgeschrittenen Stadium, in dem wir uns befinden, ist es überhaupt fraglich, ob es für Deutsch-Oesterreich noch ein Mittel zur Rettung aus eigener Kraft gibt. Wir sind kein lebensfähiger Staat. Für uns liegt das wirkliche Heil in der Revision des Friedensvertrags und in dem Anschluß an Deutschland. Diesen Worten folgten lebhaftest unangenehme Kundgebungen.

Die Reparationskrise.

Paris, 16. Juli. Der „Clair“ läßt sich aus London melden, daß man sich in der englischen Hauptstadt voll und ganz von der Schwere der Krise, in welche die Reparationsfrage geraten ist, Rechenschaft ablegt. Die öffentliche Meinung sei von der Notwendigkeit einer französisch-britischen Anstrengung überzeugt, um alle Gefahren zu vermeiden, die aus der Krise für Europa hervorgehen könnten. Poincaré habe die Absicht, mit äußerster Vorsicht und Gründlichkeit die Dokumente zu prüfen, die ihm von dem Garantiekomitee vorgelegt würden, bevor er irgendwie französische Vorschläge bekannt gebe. In gut informierten Londoner Kreisen erklärt man dem Blatt, daß bei der nächsten Zusammenkunft die beiden Ministerpräsidenten die Frage der Reparationen in vollem Umfang prüfen würden. Man erklärt in London weiter, daß das Reparationsproblem mit demjenigen der interalliierten Schulden verbunden werden würde. Auch dies würde auf der kommenden Konferenz von Grund auf geprüft werden. Das Diskussionsmaterial dieser Konferenz sei umfangreich und in seinen eventuellen Folgen so bedeutend, daß man ruhig behaupten könne, daß die nächste Zusammenkunft zwischen Poincaré und Lloyd George die bedeutendste zu werden verspricht, die seit der Unterzeichnung des Friedens überhaupt stattgefunden habe.

Der letzte Akt der Haager Konferenz.

Aus dem Haag, 16. Juli. Die Kommission für die Kredite ist gestern mit der russischen Delegation zusammengetreten. Der Präsident stellte fest, daß die Verhandlungen in der Kommission für die Privatgläubiger abgebrochen seien. Es sei daher auch unmöglich, die Kreditfrage zu regeln. Young setzte auseinander, aus welchem Grunde die Fortsetzung der Besprechungen der Kreditfrage unmöglich sei. Die Regierungen hätten keine Kapitalien zur Verfügung. Man sei daher auf die Privatgläubiger in den verschiedenen Ländern angewiesen. Wenn es sich aber herausstelle, daß eine ausländische Regelung für die Privatgläubiger unmöglich sei, dann sei es vorläufig ausgeschlossen, die verlangten Kredite zu bekommen. Es gebe niemand auf der Welt, der sein Geld in russischen Unternehmungen anlegen wird, wenn er nicht vorher die Garantie bekommt, daß die Privatgläubiger respektiert werden. Es läte ihm leid, daß die Besprechungen ohne Erfolg bleiben werden, denn er sei überzeugt, daß die Stilllegung der russischen Industrie und des russischen Handels den Weltmarkt hindere und die Arbeitslosigkeit immer mehr vergrößere. Die englische Delegation sei in dem aufrichtigen Wunsch nach dem Haag gekommen, eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Es scheine aber nicht möglich zu sein. Wenn die russische Delegation neue Vorschläge zu machen habe, dann sei jeder Ausschuh gerne bereit, diese entgegenzunehmen. Der französische Delegierte schloß sich den Ausführungen Youngs an. Krassin stellte mit, die russische Delegation habe die Absicht gehabt, auf verschiedene Fragen zu antworten, sei jetzt aber überzeugt, daß es unmöglich sei. Litwinow erklärte, die russische De-

legation sei bereit, Kompensationen zu beschreiben, welche in Genua abgelehnt worden seien. Staatskredite habe die Delegation nicht erwartet, aber die Regierungen in Europa könnten doch Privatgeber veranlassen, Kredite in Gütern zu gewähren, welche in großen Massen in Europa und Amerika aufgestapelt liegen. Litwinow erklärte schließlich, daß die russische Delegation nicht die Absicht habe, neue Vorschläge zu machen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Genf, 16. Juli. Havas meldet Samstag früh aus dem Haag: Die französische Delegation hat Instruktionen erhalten, am Samstag kommender Woche den Haag zu verlassen. Eine Fortsetzung der Verhandlungen mit den Russen über diesen Zeitpunkt hinaus lehnt Frankreich ab. Den Russen bleibt noch eine Woche Frist, eine radikale Milderung ihrer Politik auf der Konferenz herbeizuführen oder der Auflösung der Konferenz entgegenzutreten.

75 Millionen zum Schutze der Republik.

228. Berlin, 17. Juli. Die Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten haben im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, der Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik einen Kredit von vorläufig 75 Millionen Mk. zur Verfügung zu stellen. — Nach der „Vossischen Zeitung“ soll dieser Betrag dem Reichskommissar für die öffentliche Ordnung übergeben werden und zur Überwachung der Geheimorganisationen dienen. Der Gesetzentwurf soll noch vor den Ferien beraten und verabschiedet werden.

Reichstag.

Berlin, 15. Juli.

Der Reichstag nimmt in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf über Schaffung eines Freihafengebietes im Kieler Hafen an, nachdem Redner aller Parteien sich dafür ausgesprochen hatten. Der Gesetzentwurf über die Erklärung des 11. August, des Tages der Annahme der Weimarer Verfassung, zum deutschen Nationalfeiertag wird dem Rechtsausschuh überwiesen, das Gesetz gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse dem volkswirtschaftlichen Ausschuh. Das Disziplinargesetz für die Wehrmacht geht an den Ausschuh für die Militärgerichtsbarkeit. Auf den Einspruch des Reichsrats hin gegen die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Einkommengrenze für Militärrentner wird eine nochmalige Abstimmung vorgenommen, die die einstimmige Annahme der abgeänderten Vorlage ergibt.

Darauf tritt das Haus in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes gegen Wucher und Schleichhandel ein. Die bürgerlichen Parteien haben dazu Wiederrufen beantragt mit der Begründung, daß der reelle Kaufmann geschützt werden müsse.

Reichsjustizminister Dr. Maddeus spricht sich gegen diese Anträge aus, da die Kartellage schon jetzt bei der Rechtspflege berücksichtigt werde, ebenso die Wiederanschaffungskosten und die Geldentwertung. Er stimmt der Entschärfung zu, die eine Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens, eine verstärkte Veranziehung von Sachverständigen und Maßnahmen gegen die Preistreiberei der Kartelle und Syndikate fordert.

Die Redner der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums bestritten die bürgerlichen Anträge, dagegen werden diese von den Rednern der drei sozialistischen Parteien bekämpft.

Reichswirtschaftsminister Schmidt bebauert, daß in dieser Zeit ein Abbau der Wucherergesetzgebung versucht werde. Die Rechte bringe Klagen von Handel und Industrie vor, sind aber kein Wort für die schwer leidenden Verbraucher deren Klagen jetzt in erster Linie berücksich-

tigt werden müßten. West über den Mangel an Kapital zum Wiedereinkauf geklagt werde, so möge man doch nicht Gewinne von 200 und 300 Prozent an die ausschütten, sondern man sollte Reserven anlegen.

Damit ist die zweite Beratung beendet. Morgen Nachmittag 2 Uhr: Reichskriminalgesetz, Beamtenbündnisse, Zwangsanklage und andere Steuervorlagen.

Berlin, 15. Juli.

Der Reichstag steht unmittelbar vor bedeutsamen Entscheidungen. Der Zusammenschluß der Sozialisten hat den Gedanken erlösen lassen, auch die Mittelparteien zu einer Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen. Augenscheinlich wird über diese Möglichkeiten noch verhandelt. Das politische Interesse liegt daher außerhalb des Reichstagsgebäudes, obwohl auch hier am Samstag wichtige Angelegenheiten erörtert wurden. Zunächst billigte man ein Notgesetz, das die Bestimmungen über den Ertrag beschädigter Banknoten veränderte. Zur Annahme gelangte auch ein Vorlage, die die Erhöhung der Metallreserven der Privatnotenbanken in München, Dresden, Stuttgart und Mannheim billigt. Einmütige Zustimmung fand auch ein Antrag aller Parteien, der den Neuaufbau der Wohlfahrtspflege und des Armenwesens verlangt, damit Ältere Männer und Frauen, die sonst keinerlei Anrecht auf Unterstützung haben, nicht elend zugrunde gehen. Die Vorlage zur Errichtung eines Reichspolizeiamts und von Landkriminalbehörden wurde dem Rechtsausschuh überwiesen. Das Hauptinteresse wandte sich sodann dem Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik zu. In dieser Vorlage wird festgelegt, daß die Beamten in keiner Weise gegen die Republik arbeiten oder sie und ihre Einrichtungen, zu denen auch die Reichsflagge gehört, verächtlich machen dürfen. Sie müssen den Eid auf die Verfassung leisten und werden bei einer Weigerung entlassen. Es ist ihnen weiter unterlagt, in der Öffentlichkeit gehässig oder aufreizend monarchistische Behauptungen zu fördern. Reichsbeamten, die mit dem Schutze der Republik besonders betraut sind, haben auch außerhalb ihrer amtlichen Tätigkeit Angriffe auf diese zu unterlassen. Der Zentrumsredner Dr. Hoffe fand sich freudlicher mit dem Beamtenbündnisse ab. Er warf den Rechtsparteien vor, daß sie grundtätig alles ablehnten, was von dieser Regierung komme. Die Frage des Streikrechts solle bei dieser Gelegenheit nicht geregelt werden.

Der Abg. Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei stellte mit leichtem Sarkasmus fest, daß bei dieser Vorlage rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht sei, weil die Rechte für die freie Meinungsäußerung und die Gruppe der Linken für Obrigkeitssinn, Kabinettsjustiz und mittelalterliche Sprechensammer eintritt. Die Regierung aber habe erklärt, die ganze Geschichte sei sehr harmlos und ändere an dem bestehenden Zustand nicht. Dam sei die ganze Vorlage überflüssig.

Justizminister Dr. Maddeus verteidigte die Vorlage mit dem Hinweis darauf, daß die früheren Regierungen von den Beamten unbedingt verlangt hätten, daß sie für die bestehende Staatsform eintreten. Der unabhängige Sozialist Levy maß der Vorlage nur temporären Wert bei, während der Demokrat Dr. Haas darauf hinwies, daß sie an und für sich nur eine Selbstverständlichkeit sei. Der Sozialist Steintopf wies darauf hin, daß es in Beamtenkreisen vielfach als unanstößig gelte, Republikaner zu sein. Das dürfe so nicht weiter gehen.

Die Beschlüsse des Ausschusses wurden angenommen. Am Montag soll die 2. Lesung des Reichskriminalgesetzes erfolgen.

Leserbriefe.

Preilige Weisheit lang und breit —
Wer folget ihren Pfaden?
Auf Erden wird kein Mensch gesund
Außer durch eigenen Schaden.

W. v. B. H. H. H.

Die Wirtin z. goldenen Lamm.

Kriminalroman von Otto Höder.

67)

(Kochbuch - verboten.)

An jenem Samstag nachmittag war Sanders wirklich in der Absicht aus dem Hause seiner Tochter, wo er einen Zufluchtsort gefunden, gegangen, den Lammwirt unterwegs zu stellen und zur Rechenschaft zu ziehen. Von Jungnickel hatte er von der Absicht Hindewalds, die Kaufsumme am Nachmittag selbst nach Höhenbronn zu bringen, erfahren und alles Gegenreden seiner besorgten Tochter war vergeblich geblieben. Jungnickel selbst war nicht zu Hause gewesen, um ihn zurückzuhalten; er hatte der Versuchung nicht widerstehen können, einen Rehbod zu schlagen, dessen Wechsell er aufgespart. Ganz von dem Drange beherrscht, den ruhelosen Vernichter seines Lebensglücks zu stellen, war Sanders durch den Schneesturm der Landstraße hinunter geschritten. Unterwegs, viel weiter unten, als an der Stelle, wo die Straße einen Hohlweg bildete, war ihm Hindewalds Schlitten entgegengelommen und Hindewald den Stöckel mit der Peitsche bedienend er hatte sich diesem in den Weg geworfen. Zuerst hatte wollen; dann, war er freibleich geworden, und hatte es ruhig geduldet, daß Sanders dicht an den Schlitten herangeraten war. Warum sein Erscheinen so lähmend auf den starken Mann eingewirkt, konnte niemals mehr offenbart werden, da der Tod die Lippen des

Lammwirts geschlossen hatte. Aus verschiedenen Gründen kam das Gerücht zu der Mutmaßung, daß Nehlig seinem Brotgeber, wahrscheinlich um leichter von ihm Geld erpressen zu können, schon wiederholt gedroht hätte, das Geheimnis jener Mordnacht an Sanders zu verraten; vielleicht hatte er ihm auch angedeutet, daß er durch Vermittlung seines künftigen Eidams, des Jrenenhauseinschreiber Schaible, schon mit dem unschuldig im Zuchthaus schmachtenden sich in Verbindung gesetzt habe; eines Verrats von Nehlig hatte der Lammwirt sich jedenfalls immer versehen, stellte es sich doch auch heraus, daß der Postbote sich häufiger Geldunterschlagungen schuldig gemacht und wahrscheinlich aus diesem Grunde hatte der Lammwirt ihm auch nicht die Beförderung des Kaufgeldes anvertrauen wollen und war selbst trotz des Umwettes nach Höhenbronn gefahren. Wie sich dies alles auch verhalten haben mochte, tatsächlich hatte das plötzliche Auftauchen des für Lebenszeit im Zuchthaus begraben geglaubten auf den Lammwirt einen geradezu lähmenden Eindruck gemacht. Dieser war augenscheinlich gar nicht einmal auf den Gedanken gekommen, es mit einem Ausbrecher zu tun zu haben, den er mit starker Faust nur fassen und beim Bürgermeister in Höhenbronn abzuliefern brauchte, um ihn zum andermal unschuldig zu machen; sein böses Gewissen ließ ihn sich von Nehlig bereits verraten und den Verurteilten vorläufig wieder in Freiheit gesetzt sehen. Mit heiserer Stimme fragte Sanders, ohne mit diesem sich weiter einzulassen, ob er ihm Gelegenheit zur Aussprache geben wollte. Hier auf der Landstraße sei dies unmöglich; aber wenn dieser, der ja in der Umgegend von früher her gut bekannt sei, in einer Stunde am Eingang des Steinernen Meeres sein wolle, so würde er sicher mit ihm zusammentreffen. Warum der Lammwirt sein früheres Opfer an diesen Platz bestellt, was er mit ihm vorgehabt, das hatte er als ungelöstes Geheimnis ebenfalls mit sich ins Grab genommen. Wahrscheinlich aber hatte er die Befreiung des Unglücklichen geplant und ihn deshalb

an einen Ort bestellt, wo er seinen Körper leicht spurlos verschwinden lassen konnte. Wohl um Sanders ganz sicher zu machen, hatte er diesem noch angedeutet, daß der gegen ihn gerichtete Verdacht falsch, er der Lammwirt aber gewillt sei, nunmehr den Namen des wirklichen Mörders zu nennen, um des früheren Jugendfreundes Vergnügung zu erzielen. Er hätte den Unglücklichen noch mit plumperen Vorspiegelungen in die Falle locken können, denn in diesem brannte nur noch eine Sehnsucht: den Makel von sich genommen zu wissen; zudem hatte die geistige Erkrankung tiefe Spuren zurückgelassen und sein Gemütszustand gleich dem eines unerfahrenen, glücklichen Kindes. Kaum hatte der Lammwirt das Versprechen seines Opfers, mit ihm auf der Höhe des Steinernen Meeres zusammentreffen, da hatte er den Braunen auch schon mit wütendem Streiche die Peitsche zu kosten gegeben und war in saufender Flucht bergan gewirbelt. Die Beweggründe, welche ihn bei seinem seltsamen Verhalten in Höhenbronn geleitet, ließen sich gleichfalls nur vermuten; er mochte mit finstern Gedanken umgegangen sein, darauf ließ das rasche, reichliche Trinken des sonst so Wässigen und das Entleeren des Magenleeres schließen; auch die Nichtzahlung der Kaufsumme und die unwahre Vorgabe, er habe seine Brieftasche dabei vergessen, rechtfertigen eine solche Annahme. Ihm hatten wohl auch Fluchtgedanken im Kopf gespult; ohnehin hatte er im voraus nicht beurteilen können, wie seine Zusammenkunft mit dem ehemaligen Jugendfreunde endigen würde. Darum hatte er das Kaufgeld in der Tasche behalten und nicht einmal die geringfügige Feste gezahlt. So rasch wie möglich war er wieder aufgebrochen, um mit Sanders zusammentreffen, und der ihn beherrschende dunkle Drang hatte ihn geradezu seinem Verhängnis in die weit offenen Arme getrieben.

Fortsetzung folgt.



Kartoffelversorgung. Von zuständigen Stelle wird mitgeteilt: Die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung im vorigen Herbst und Winter, sowie im Frühjahr haben das Reichernährungsministerium veranlaßt, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, um die Ursachen der im vergangenen Jahre aufgetretenen Mängel zu beseitigen.

Misbräuchliche Benutzung von Eisenbahnfahrkarten. In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, in denen wegen mißbräuchlicher Benutzung von Fahrkarten zu ermäßigten Preisen gerichtliche eingeschritten werden muß.

Marinsmoos, 17. Juli. Bei der gestrigen städtischen Schultheiswahl wurde der selbberthige Schultheiß Schaible mit 116 von 121 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Freudenstadt, 15. Juli. Im würt. Staatshaushaltplan für 1922 sind für ein 3. Volksschulgebäude in Freudenstadt 7 Millionen Mark vorgesehen.

Stuttgart, 16. Juli. (Die Rechte der Königin-Witwe.) Durch den neuen Staatshaushaltplan für 1922 soll die Rente der früheren Königin Charlotte, die seither vertragsgemäß 100 000 Mark im Jahr betragen hat, künftighin wegen der inzwischen eingetretenen hohen Geldentwertung auf 300 000 Mk. erhöht werden.

Neue Stuttgarter 50-Pfennig-Scheine. Der andauernde Mangel an Kleingeldscheinen hat die Stadtverwaltung veranlaßt, den früher ausgegebenen Serien A, B, C und D eine weitere Serie von 50-Pfennig-Scheinen (E bis Q) anzuzureichen.

Sommerferien. Am 16. Juli werden 400 Kinder aus Württemberg in einem Sonderzug nach Temeßvar fahren, um bei den Banater Schwaben ihre Sommer-

ferien zu verbringen. Die Leitung hat Oberreallehrer Thumm vom Jungdeutschlandbund mit Dr. Straubinger vom Caritasverband übernommen.

Eberfingern, 16. Juli. (Streit.) In vorhergegangener Nacht gerieten hier zwei Hausbewohner, nachdem sie von einem gemeinsamen Abendessen heimgekehrt waren, miteinander in Streit, in dessen Verlauf der eine dem andern ein Seitengewehr in den Bauch stach.

Belstein, 16. Juli. (Teure Holzpreise.) Bei dem vorgestrigen Schälholzklauf stieg der Preis für 2 Rm. auf 4000 Mk. Die Stadtgemeinde hat durch den Verkauf eine glänzende Einnahme gehabt.

Mödingen, 16. Juli. (Todesfall.) Oberlandjäger Luz ist an den Folgen eines Schlaganfalls plötzlich verstorben. Er tat noch vorgestern Dienst.

Reutlingen, 16. Juli. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat hat die Erstellung eines Pferdebeschlags mit einem Aufwand von 238 000 Mk. beschlossen.

Stuttgarter Brief.

In Stuttgart wird eifrig gebaut, d. h. was öffentliche Gebäude anbelangt, nach einer Privatwohnung kann man jahrelang vergeblich suchen.

Auch am neuen Hauptbahnhof wird emsig gearbeitet. Die Hallenüberdachung wird wohl demnächst gebaut werden können.

Im Landestheater galt es Abschied zu nehmen von Fritz Busch, der einem ehrenvollen Rufe nach Dresden folgt.

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 16. Juli 451.50 Mark.

Süddeutscher Tabakmarkt. Der Stand der jungen Tabakpflanzen ist sehr verschieden, je nachdem die Pflanzen zum Segen gekommen sind.

Stuttgart, 16. Juli. Der Obstgroßmarkt war heute reich besetzt. Die Kirchsaison ist fast beendet, Erdbeeren sind zu Ende.

Der Gemüsemarkt zeigt reiche Abwechslung, es ist so ziemlich alles, genügender Menge zu haben, da die künftige Witterung das Wachstum aller Gemüsearten befördert hat.

Bermischtes.

Ein Unterwasser-Maler. Ein New Yorker Künstler namens Na Cassidy hat ein Gemälde vollendet, das unter Wasser hergestelltes worden ist.

angebracht, und da das Wasser dort von großer Klarheit ist, so hatte der Künstler die Szenerie in großer Deutlichkeit vor Augen.

Mit dem Eispickel erschlagen. Auf der Ravensburger Landstraße gerieten zwei Viehhirten und zwei Arbeiter des Spullerwerks in Streit.

Den Chef im Streit erschossen. Am Mittwoch nachmittag erschoss in Frankfurt a. M. der Geschäftsführer Rudolf Seidel seinen Chef nach einem vorausgegangenen Streit.

Für eine halbe Million Silber gestohlen. In der Wohnung des früheren Staatsministers von Möller in Berlin wurde in der Nacht zum Donnerstag ein raffinierter Einbruch verübt.

Schweres Unwetter über Marienbad. In der Nacht auf Freitag ging hier ein schweres Unwetter nieder, das von 1/11 Uhr abends bis 3 Uhr morgens dauerte.

Schwerer Heberfall auf einen Schupobeamten. In Halle wurde nachts ein Polizeibetriebsassistent der Schupo, als er auf seinem Dienstgang war, und einem Mädchen, das von Eisenbahnern überfallen und mißhandelt wurde, zur Hilfe eilen wollte, tödlich angegriffen.

Heberfallkommando vor den Studentenhäusern in Halle. Das Studentenhaus der „Gemeinen“ in Halle wurde in der Nacht zum Montag von jungen Burschen regelrecht belagert.

Feuer auf einer weisfällischen Joch. Auf der Joch Wolf v. Hanemann bei Dortmund entstand nachts in der Schreinerei Feuer.

Einbruch in die Gruft der Familie Bismarck. In die Kirche von Schönhausen brachen Diebe ein. Die Einbrecher erbrachen die Särge der dort ruhenden Familie von Bismarck.

Unruhen in Palästina. Nach neuerlichen Nachrichten ist die Lage in Palästina sehr ernst, da die Araber zu großen Demonstrationen gegen die Juden ausbeigten.

Ein Pulvermagazin in die Luft geschnitten. Bei Wozow in Galizien flog ein Pulvermagazin in die Luft. Die Projektilen fielen in die Stadt, wo sie explodierten.

Der Leiter der Mont-Everest-Expedition verfehlt. Erst jetzt gelangen aus Darjiling Nachrichten nach Europa, die geeignet sind, ernste Befürchtungen wegen des Schicksals mehrerer Mitglieder der Mont-Everest-Expedition zu erwecken.

Kauf und Verkauf der Bismarck'schen Schiffe. Für die Schiffreiterei verantwortlich: Rudolf Saut.

Letzte Nachrichten.

Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte.
 WTB. Berlin, 17. Juli. Wie die „Montagspost“ berichtet, war die Anregung des Zentrums, nach dem Vorbild der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten zu bilden, gestern der Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Zentrumsführer Marx, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Stresemann, und den beiden demokratischen Führern Petersen und Koch. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war positiv. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft wird nunmehr in den Fraktionskammern dieser Parteien selbst zur Beratung gestellt werden. Für den Fall einer Reichstagsauflösung will man wissen, daß diese Parteien eine politische Einheitsfront im Wahlkampf bilden werden.

Verschärfung der Lage.
 WTB. Berlin, 17. Juli. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge stellte ein Parlamentarier, der an den gestrigen Verhandlungen mit dem Reichskanzler beteiligt war, fest, daß die gesamte Lage eher eine Verschärfung in der Richtung einer Reichstagsauflösung erfahren hat, als in der Richtung einer Klärung und Entspannung.

Die Vorbereitungen zum Rathenau-Mord.
 WTB. Berlin, 17. Juli. Die Morgenblätter veröffentlichten Einzelheiten über die Vorbereitungen zum Rathenau-Mord. Der Schüler Hans Studenrauch sprach zuerst von dem Plan, Rathenau im Reichstag zu erschlagen, von dem er aber auf Einwendungen Gänthers wieder abkam. Am 16. Juni fand in der Wohnung des Tschow zwischen Gänther, Hans Tschow, Fischer und Ren eine Unterredung über den Mordplan statt, die am 20. Juni im Steglitzer Restaurant fortgesetzt wurde. Am Tage darauf fuhren die Genannten im Kraftwagen Küchenmeisters nach Nikolajee und veranstalteten auf der Rückfahrt im Grunewald eine Schießübung mit einer Pistole. Es gelang ihnen, Werner Tschow für die Führung des Autos zu gewinnen.

Korfanty Ministerpräsident von Polen.
 WTB. Warschau, 15. Juli. Nachdem der Staatschef Pilsudski auf die Bildung einer neuen Regierung verzichtete, wurde Korfanty mit 219 gegen 206 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Auf dieses Ergebnis hin zeigte der Staatschef Pilsudski seine baldige Amtsniederlegung an.

WTB. Prag, 15. Juli. Wie „Dobrovo Rovno“ aus Warschau melden, fand in der Sitzung des parlamentarischen Hauptauschusses, in der Korfanty zum Ministerpräsidenten best. wurde, eine hitzige Aussprache statt. Der Führer

der polnischen sozialdemokratischen Partei, Paried, habe erklärt, seine Partei betrachte die Kandidatur Korfantys als eine maßlos freche Herausforderung durch die Reaktion. Auch der Sprecher der Volkspartei, Ratis, verurteilte die Kandidatur mit den schärfsten Worten. Der Abgeordnete Daskynski trat besonders leidenschaftlich gegen Korfanty auf und beschuldigte ihn, daß er aus dem Erzherzoglichen Propagandafonds Gelder angenommen habe. Daskynski sagte, es wäre ein Unlück für Polen, wenn die Regierung einem Korfanty anvertraut würde. Der Abgeordnete Stajinski warnte den Senat davor, durch die Übergabe der Macht an einen so schwer bloßgestellten Mann Polen ins Verderben zu führen. Wie das Blatt weiter meldet, wird in politischen Kreisen von Warschau darauf hingewiesen, daß der Militär Pilsudski, der sich in der Armee ungewöhnlicher Beliebtheit erfreue, in ihr eine Revolte hervorzurufen könnte.

Großfeuer.
 WTB. Berlin, 17. Juli. In der Nacht zum Sonntag brach in Spandau ein riesiges Feuer aus, das einen Millionenschaden anrichtete. Die Waggonbauanstalt der Firma Orenstein und Koppel ist völlig niedergebrannt. Etwa 20 neue Straßenbahnwagen sind eingegründet worden. Die übrigen Gebäude des Fabrikgeländes konnten gerettet werden. Ueber die Entstehungsurache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Gartenbauerschule in Hohenheim.

Auf den 1. Oktober werden in die Gartenbauerschule in Hohenheim 20 Schüler zur Unterweisung im Gartenbau auf 1 Jahr aufgenommen. Die Bedingungen hierfür können auf den Rathäusern ersagt werden.

Die Meldungen sind spätestens bis 15. August d. J. an die Direktion der Landwirtschaftlichen Anstalt in Hohenheim zu richten.

Nagold, den 14. Juli 1922. Oberamt: J. B.: Obersekretär Red.

Die Hefelbronner Steige

ist wegen Ausführung von Bauarbeiten von Dienstag, den 18. Juli d. J. ab auf die Dauer von ca. 3 Wochen für Fuhrwerke und Kraftwagen vollständig

gesperrt.

Während dieser Zeit ist der Fuhrwerksverkehr über Zumbergen und Altensteig-Dorf zu lenken.

Vom 15. Juli 1922. Stadtschultheißenamt Altensteig: Schultheißenamt Ueberberg: Welter. Schleich.

OSTERTAG-Kassen-Schränke

kurzfristig lieferbar
 Alleinvertretung für die Oberämter Nagold und Calw
 Georg Köbele, Nagold, Tel. 126.

Nagold.

Verkauf am Mittwoch Vormittag einen Transport starke

Läufer Schweine

im Gasthaus zur Köhlererei.

Gustav Stichel, Schweinehändler.

Martinsmoos.

Ein Paar, circa 22 Ztr. schwer



Schafftiere

steht dem Verkauf aus

Hanselmann.

Suche zum Eintritt am 1. August oder später ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt bei bester Behandlung und guter Verpflegung. Lohn 500.—

Frau Fabrikant Oppenländer Waiblingen, Bahnhofstr.

Altensteig.

Suche zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

Pferdeknecht.

Henkler, Gärtenbesitzer.

Für die einfache und bürgerliche Küche sei empfohlen:



von Luise Hainlen. Feinste, vollständig neu bearb., stark vermehrte Auflage. 152 S. Heftig gebunden.

In haben in der W. Rieker'schen Buchhdlg. Altensteig.

Zwerauberg.

Ein Schaff-Ruh

mit dem 7. Kalb 34 Wochen tüchtig, verkauft

Schultheiß Wolf.

Altensteig.

Neue Pfälzer Speisezwiebeln

1 Pfund Mk. 10.—
 sind eingetroffen bei
 Chr. Burghard jr.

Egenhausen.

Berlora

ging letzten Samstag Nachmittag auf dem Weg von Altensteig nach Egenhausen ein schwarzer Schirm mit Horngriff. Der redliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung abzugeben bei

Hauptlehrer Calmon-Groß

Pfalzgrafenweiler.

Verkauf oder vertausche gegen Obst

eine Partie Bierfäße

zu Eiß- und Heidelbeermost geeignet, und

eine Partie große Bierfaß

zum Obststeinschlagen.

Frei z. Traube.

1 Kuh samt Kalb



hat zu verkaufen, wer? — sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Bernsd.

11 Stück 8 Tage alte Entchen

hat zu verkaufen Gottlieb Wucher.

Prima weißen

Traubenzucker

besten Gährungs- u. Mostbereitungs-Zucker
 das Pfund Mk. 25.—
 bei Mehrabnahme billiger empfiehl.

Fritz Bühler jr.
 (E. W. Loh Nachf.)

Das Deutsche Tageblatt

Das Vaterland über die Partei!

Das ist der Grundsatz. Unter ihm sollen sich alle vereinen, die dem Wiederanstreben Mann. Abichnung des Klassenkampfes für die deutsche Erhaltung und Erneuerung! Lösung deutscher Kunst, deutscher Literatur! Täglich einmal früh erscheinen, monatlich 7,20 Mk. Berlin SW. 11, Dönhofsplatz 6.

Inserate haben in unserer Schwarzweiser Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.